

Benner, Joachim et al.

Article — Digitized Version

Konjunktur in Deutschland springt an

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Benner, Joachim et al. (2002) : Konjunktur in Deutschland springt an, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 1, pp. 31-53

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/2744>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunktur in Deutschland springt an

Von **Joachim Benner, Dóra Borbély, Alfred Boss, Annette Kuhn, Carsten-Patrick Meier, Joachim Scheide, Rainer Schmidt** und **Hubert Strauß**

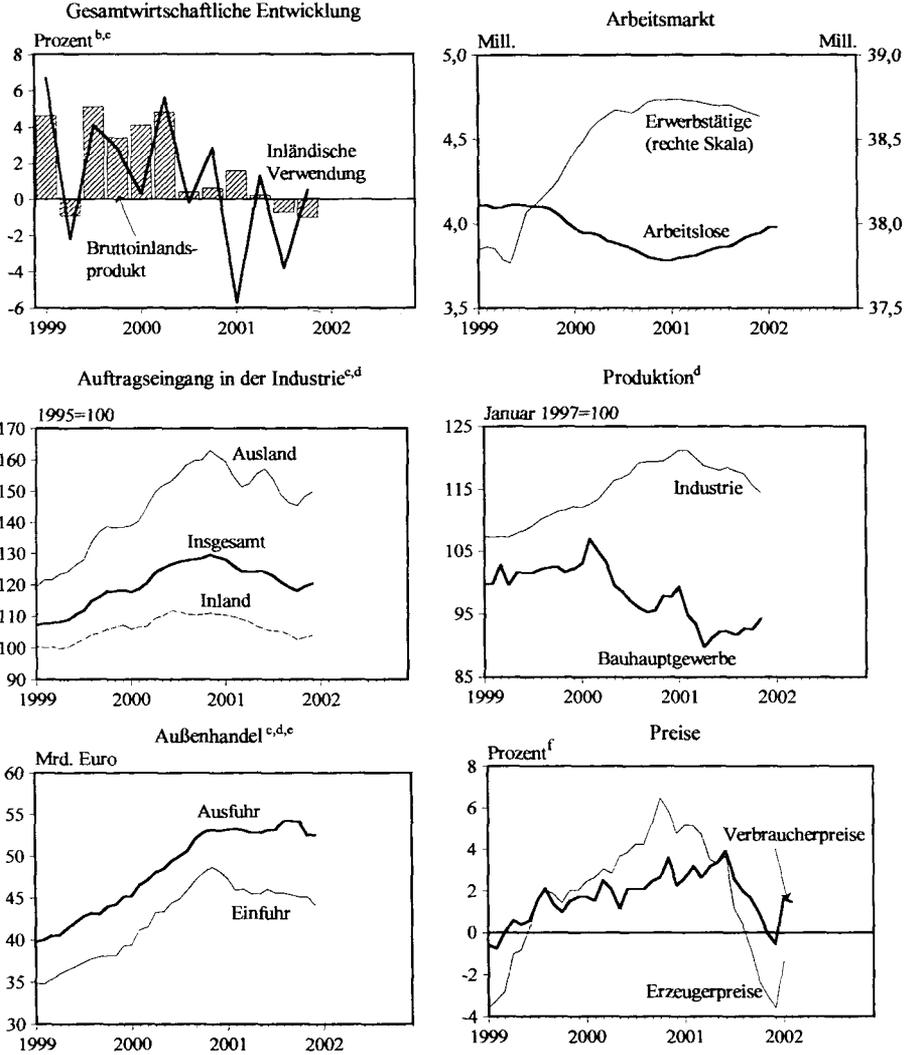
Die Konjunktur in Deutschland hat sich im vergangenen Jahr zunehmend abgeschwächt. Im ersten Quartal konnte trotz eines Einbruchs der Investitionen noch ein moderater Produktionsanstieg realisiert werden (Schaubild 1), da die privaten Konsumausgaben – stimuliert durch die Steuersenkung zu Jahresanfang – kräftig zunahmen und im Export hohe Auftragsbestände abzuarbeiten waren. Im Frühjahr hielten sich die gegenläufigen Effekte gerade die Waage. Im zweiten Halbjahr geriet die Wirtschaft dann erstmals seit 1993 in eine Rezession: Ausgehend von einer schon niedrigen Kapazitätsauslastung sank das reale Bruttoinlandsprodukt im dritten und im vierten Quartal leicht. Im Vergleich zu 1992/93 waren die Rückgänge jedoch gering; insofern kann die Rezession als mild eingestuft werden. Im Schlussquartal nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer laufenden Jahresrate von 1 Prozent noch etwas rascher ab als im Vierteljahr zuvor. Maßgeblich dafür war zum einen der Einbruch der Auslandsnachfrage infolge der weltweiten Konjunkturertrübung nach dem 11. September. Zum anderen hielten sich die privaten Haushalte bei ihren Ausgaben abermals spürbar zurück. Die Terroranschläge und die folgende Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung haben dabei wohl eine wesentliche Rolle gespielt.

Der konjunkturelle Tiefpunkt dürfte – gemessen an der Kapazitätsauslastung – im ersten Quartal 2002 erreicht worden sein. Die Frühindikatoren deuten darauf hin, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion bereits wieder ausgeweitet wurde. So hat sich das Geschäftsklima zuletzt deutlich verbessert. Auch sind die Auftragseingänge in der Industrie um die Jahreswende kräftig gestiegen; der Durchschnitt für die Monate Dezember und Januar lag um 3 Prozent über dem Durchschnitt des davor liegenden Zweimonatszeitraums. Im Bauhauptgewerbe war der Auftragseingang allerdings weiterhin leicht rückläufig.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich im Verlauf des Winterhalbjahres 2001/2002 weiter eingetrübt. Die Beschäftigung ging zurück, noch stärker erhöhte sich die Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote betrug im Februar 9,6 Prozent.

Die Entspannung des Preisklimas hat sich nach der Jahreswende zunächst nicht fortgesetzt. Im Januar kam es zu einem sprunghaften Anstieg der Verbraucherpreise, ausgelöst vor allem durch drastisch verteuerte Nahrungsmittel infolge ungünstiger Witterungseinflüsse sowie durch die Anhebung der Tabak- und der Versicherungssteuer. Preiserhöhungen aufgrund der Euro-Bargeldeinführung dürften auf weniger bedeutende Bereiche wie etwa das Gastgewerbe beschränkt geblieben sein. Zuletzt bildete sich der Preisschub teilweise wieder zurück. Im Februar übertraf der Preisindex für die Lebenshaltung seinen Stand im Vorjahr um 1,7 Prozent.

Schaubild 1: Indikatoren^a zur Konjunktur in Deutschland



^a Saisonbereinigt. – ^b Veränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in Prozent. – ^c Real. – ^d Gleitender Dreimonatsdurchschnitt. – ^e Waren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. – ^f Veränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; eigene Berechnungen.

Stimmungsindikatoren deuten auf unmittelbar bevorstehenden Aufschwung hin

Auf einen kräftigen Produktionsanstieg in allernächster Zukunft deuten die Geschäftsklima-Indikatoren des ifo-Instituts hin. Das zeigt eine Analyse des durchschnittlichen zeitlichen Vorlaufs dieser Indikatoren vor der Produktion. Zwar erreicht die trendbereinigte Produktion im produzierenden Gewerbe (ohne Bau-

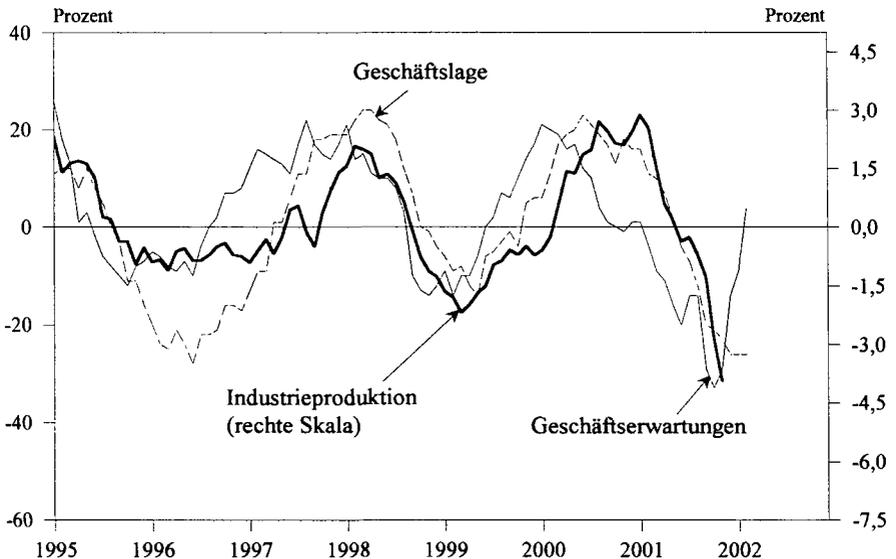
Tabelle 1: Kreuzkorrelationen der Industrieproduktion^a mit Stimmungsindikatoren 1992–2001

Vorlauf in Monaten	-3	-2	-1	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Geschäftslage	0,55	0,61	0,66	<i>0,69</i>	0,68	0,64	0,57	0,50	0,42	0,32	0,23	0,14	0,04	-0,06	-0,15	-0,22
Geschäftserwartungen	0,03	0,17	0,28	0,41	0,52	0,60	0,63	0,65	<i>0,66</i>	0,65	0,61	0,56	0,48	0,39	0,31	0,24

^a Logarithmus der Produktion im produzierenden Gewerbe ohne Bauhauptgewerbe, saisonbereinigt mit X12-ARIMA und trendbereinigt mit Hilfe eines Hodrick-Prescott-Filters. Maximum kursiv gesetzt.

Quelle: Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*, eigene Berechnungen.

Schaubild 2: Stimmungsindikatoren und Industrieproduktion^a



^a Logarithmierte Produktion im produzierenden Gewerbe ohne Bauhauptgewerbe, saisonbereinigt und trendbereinigt mithilfe eines Hodrick-Prescott-Filters, zentrierter gleitender Dreimonatsschnitt.

Quelle: Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Ifo-Institut; eigene Berechnungen.

hauptgewerbe) ihre maximale Kreuzkorrelation mit den Geschäftserwartungen bei einem Vorlauf Letzterer von fünf Monaten (Tabelle 1). Die Kreuzkorrelationskoeffizienten für Vorläufe von zwei bis vier Monaten liegen aber nur wenig unterhalb dieses Maximums. Berücksichtigt man, dass die Verbesserung der Geschäftserwartungen im Februar außerordentlich kräftig war und dass die Geschäftserwartungen bereits in den Monaten zuvor aufwärts gerichtet waren (Schaubild 2), so spricht viel für eine deutliche Zunahme der Kapazitätsauslastung in der Industrie bereits in den Frühjahrsmonaten. Dass die Geschäftslage gegenwärtig noch sehr negativ beurteilt wird, vermag dieses Urteil nicht zu ändern. Da dieser Indikator nur einen Vorlauf von höchstens einem Monat vor der Produktion hat, gibt er keine Auskunft über die Produktionsentwicklung in den kommenden Monaten.

Allerdings erlaubt der Geschäftslage-Indikator Rückschlüsse über die Produktionsentwicklung am aktuellen Rand. Die Geschäftslage hat sich zwischen Dezember und Februar stabilisiert. Daher dürfte die Kapazitätsauslastung in der Industrie nach der Jahreswende nicht mehr gesunken und die Produktion wieder etwas gestiegen sein. Dies spricht dafür, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2002 leicht zugenommen hat.

Günstige monetäre Rahmenbedingungen

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Leitzinsen im Euroraum in den vergangenen Monaten nicht verändert. Seit November liegt der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 3,25 Prozent. Dreimonatsgeld war An-

Tabelle 2: Rahmendaten der Konjunkturprognose 2002 und 2003

	2002				2003			
	1. Q. ^a	2. Q. ^b	3. Q. ^b	4. Q. ^b	1. Q. ^b	2. Q. ^b	3. Q. ^b	4. Q. ^b
Geldmenge M3, Euroland ^{c,d}	4,9	1,7	3,4	3,4	5,0	5,0	5,0	5,0
Zinssatz für Dreimonatsgeld	3,3	3,3	3,6	4,0	4,2	4,3	4,3	4,2
Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	4,9	5,2	5,4	5,5	5,5	5,4	5,3	5,2
Tariflohnindex ^{e,f}	2,4	2,6	2,5	2,6	2,7	2,8	2,8	2,8
Wechselkurs US-\$/Euro	0,88	0,91	0,94	0,96	0,96	0,92	0,92	0,93
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^g	90,8	91,2	91,8	92,1	91,8	90,9	90,8	90,7
Industrieproduktion im Ausland ^{d,h}	1,6	3,9	6,0	5,6	4,8	3,8	3,2	2,8
Rohölpreis ⁱ	20,3	20,5	21,5	22,5	22,7	23,2	23,5	24,5

^a Teilweise geschätzt. – ^b Prognose. – ^c Saisonbereinigter Index. – ^d Veränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet, in Prozent. – ^e Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in Prozent. – ^f Auf Stundenbasis. – ^g Gegenüber 38 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. – ^h In 18 Industrieländern, gewichtet mit dem Anteil an der deutschen Ausfuhr. – ⁱ US-Dollar pro Barrel North-Sea-Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.), *Monatsberichte*, Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*, Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), *Monatsberichte*, eigene Berechnungen.

fang März mit knapp 3,4 Prozent nur geringfügig teurer als im Durchschnitt des vierten Quartals. Zehnjährige Bundesanleihen notierten bei 5,1 Prozent, knapp einen halben Prozentpunkt höher als im Durchschnitt des vierten Quartals. Real lagen beide Zinssätze unter ihren langjährigen Durchschnittswerten, der kurzfristige Zins sogar recht weit. Der Index der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist während des Winterhalbjahrs etwas gesunken. Alles in allem sind die monetären Rahmenbedingungen günstig für die Konjunktur.

Die EZB wird die Zinsen voraussichtlich bis in den frühen Herbst auf dem gegenwärtigen Niveau belassen und anschließend bis zum Frühjahr 2003 schrittweise auf 4,25 Prozent anheben (Gern et al. 2002). Die Kapitalmarktzinsen dürften im Prognosezeitraum auf 5,5 Prozent steigen (Tabelle 2). Für den Euro ist für dieses Jahr eine leichte Aufwertung unterstellt, die sich 2003 aufgrund der stärker anziehenden Zinsen in den Vereinigten Staaten wieder etwas zurückbilden wird. Insgesamt werden die monetären Anregungen für die Konjunktur im Verlauf dieses Jahres abnehmen und im Frühjahr des kommenden Jahres auslaufen. Eine Dämpfung der Konjunktur von monetärer Seite ist allerdings nicht zu erwarten.

Strukturelles Budgetdefizit sinkt

Die Finanzpolitik wird die Konjunktur im Jahr 2002 etwas dämpfen, wenn man ihre Wirkungen an der Veränderung des strukturellen Budgetdefizits misst.¹ Die Belastung durch Steuern und Sozialbeiträge insgesamt steigt in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um 0,5 Prozentpunkte. Sowohl die Benzin- und Dieselsteuer als auch die Strom-, die Tabak- und die Versicherungssteuer wurden zu Jahresbeginn angehoben. Die Einkommensteuersätze nehmen progressionsbedingt zu. Der (durchschnittliche) Beitragssatz in der Gesetzlichen Krankenversicherung wird im Jahr 2002 wohl um 0,4 Prozentpunkte höher sein als im Jahr 2001. Die konjunkturbereinigten Staatsausgaben dürften mit 2,7 Prozent etwa so stark expandieren wie das nominale Produktionspotential. Dabei werden die Aufwendungen im militärischen Bereich sowie die für die innere Sicherheit deutlich erhöht, auch wird das Kindergeld kräftig angehoben; die öffentlichen Investitionen werden dagegen abnehmen.

Im Jahr 2003 dürfte sich der Anstieg der konjunkturbereinigten Ausgaben etwas verringern. Die hohen Budgetdefizite des Bundes und der Länder werden einige Einsparmaßnahmen zur Folge haben; dabei wird die Ankündigung der Bundesregierung, das Budgetdefizit des Staates im Jahr 2004 auf „nahezu null“ zu reduzieren, eine Rolle spielen. Die Steuer- und Sozialabgabenbelastung wird sich im Jahr 2003 wohl nicht ändern. Zwar werden die Einkommensteuersätze durchgängig reduziert, aber die letzte Stufe der ökologischen Steuerreform wird vermutlich zum 1. Januar 2003 in Kraft treten. Die Beitragssätze in der Sozialversicherung insgesamt dürften im Jahr 2003 nur geringfügig höher als im Jahr 2002 sein. Das strukturelle Budgetdefizit des Staates wird im Jahr 2003 etwas abnehmen.

¹ Zu einer Beurteilung dieser Vorgehensweise vgl. Gern et al. (2002).

Spürbare Belebung des Außenhandels

Vor dem Hintergrund der schwachen Weltkonjunktur kam die Zunahme der deutschen Ausfuhren im Verlauf des vergangenen Jahres zum Erliegen. Im vierten Quartal nahmen die realen Exporte sogar um reichlich 4 Prozent ab (laufende Jahresrate); bei der Warenausfuhr allein war das Minus etwas größer. Die Lieferungen in die Vereinigten Staaten brachen regelrecht ein; sie unterschritten ihr Niveau im Vorquartal um rund 13 Prozent. Neben den ausgeprägten Produktionsrückgängen in der US-Industrie spielte hier eine Rolle, dass der kräftige Stimulus aus der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar mittlerweile entfallen sein dürfte. So schrumpfte der Absatz in die Länder des Euroraums, in denen sich die Konjunktur ebenfalls weiter abkühlte, weniger stark.

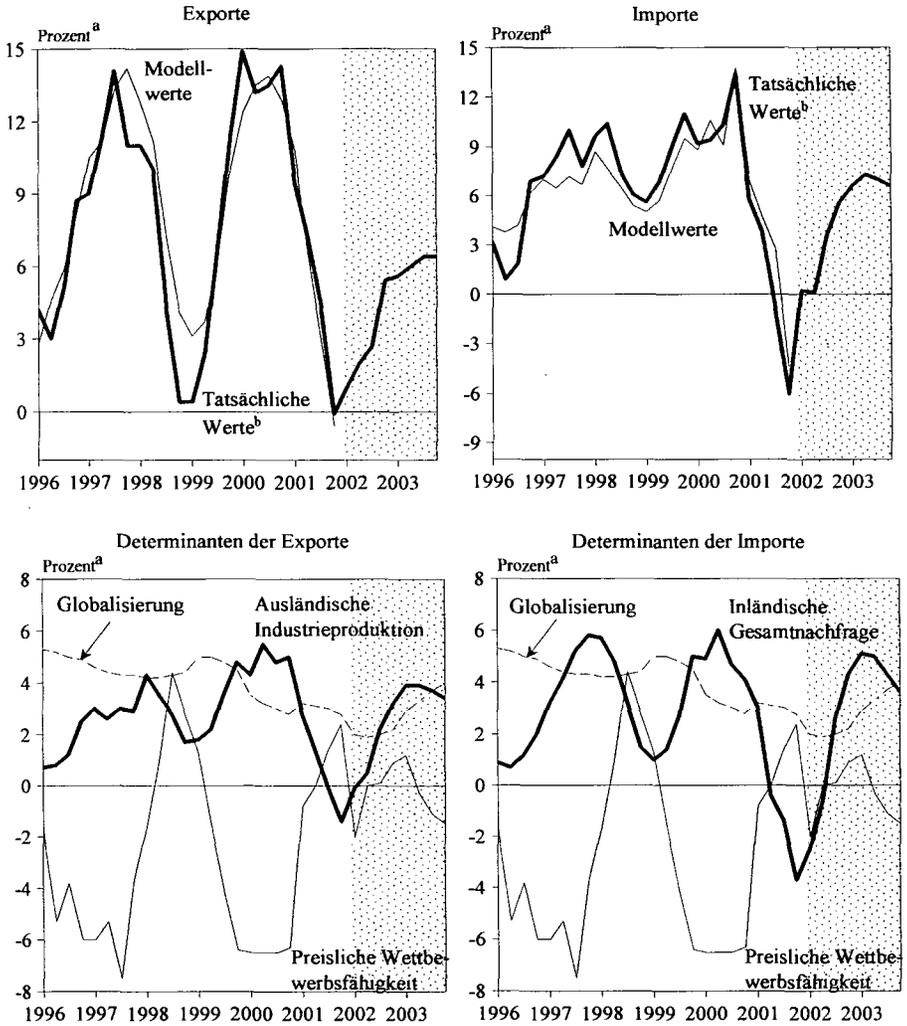
Gleichwohl erwiesen sich die Ausfuhren 2001 gemessen an der Entwicklung ihrer Bestimmungsgründe im selben Jahr als ungemein robust. Im Schlussquartal wurde immer noch so viel exportiert wie ein Jahr zuvor, obwohl die Industrieproduktion bei den wichtigsten Handelspartnern im Jahresverlauf um rund 4 Prozent gesunken war und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sich in der ersten Jahreshälfte deutlich verschlechtert hatte (Schaubild 3).² Gleichzeitig brachen die Importe stärker ein, als allein aufgrund des Rückgangs der Inlandsnachfrage zu erwarten gewesen wäre. Resultat der relativ günstigen Export- und der relativ schwachen Importentwicklung war eine markante Zunahme des realen Außenbeitrags. Rein rechnerisch trug dieser mit 1,6 Prozentpunkten mehr zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bei (Lundberg-Komponente) als während des Exportbooms im Jahr 2000. Es ist zwar richtig, dass die Abkühlung der Binnenkonjunktur in Deutschland in ihrer Schärfe alle Prognostiker überraschte, was für sich genommen eine Überschätzung der Importe und eine zu niedrige Prognose für den Außenbeitrag nach sich zieht. Dennoch war die Lundberg-Komponente ungewöhnlich hoch; im Übrigen war auch die Abkühlung der Auslandskonjunktur, insbesondere bei den Handelspartnern in der Währungsunion, unterschätzt worden.

Es liegt also die Vermutung nahe, dass trotz der ausgeprägten konjunkturellen Tempoänderung während des vergangenen Jahres der Ausfuhrüberschuss überwiegend von Faktoren getrieben wurde, deren Ursprung in der Zeit davor liegt.³ Deshalb haben wir untersucht, welchen Verlauf der reale Außenbeitrag gemäß unseren ökonometrischen Modellen genommen hätte, wenn alle Einflussgrößen auf ihrem Niveau im Schlussquartal 2000 verharret hätten. Das Ergebnis bestätigt die geäußerte Vermutung (Schaubild 4). Der Modellsimulation zufolge hätte der

² Der Index der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber einem breiten Länderkreis (Deutsche Bundesbank 2002: 75*) entspricht dem früher als „realer Außenwert der D-Mark“ bezeichneten Indikator. Es handelt sich um einen realen effektiven Außenwert des Euro, der zusätzlich das Inflationsdifferential zwischen Deutschland und den anderen Ländern des Euroraums berücksichtigt. Ein Anstieg des Index entspricht einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

³ Dahinter steht die Frage, ob das „Abarbeiten“ vergangener Einflüsse eine größere Bedeutung für die zu prognostizierende Entwicklung makroökonomischer Größen hat, als gemeinhin angenommen wird. Die Bejahung dieser Frage zöge das Eingeständnis nach sich, dass Fehlprognosen weniger durch unvorhersehbare Ereignisse als durch ein unvollkommenes Verständnis der komplexen ökonomischen Wirkungszusammenhänge verursacht werden.

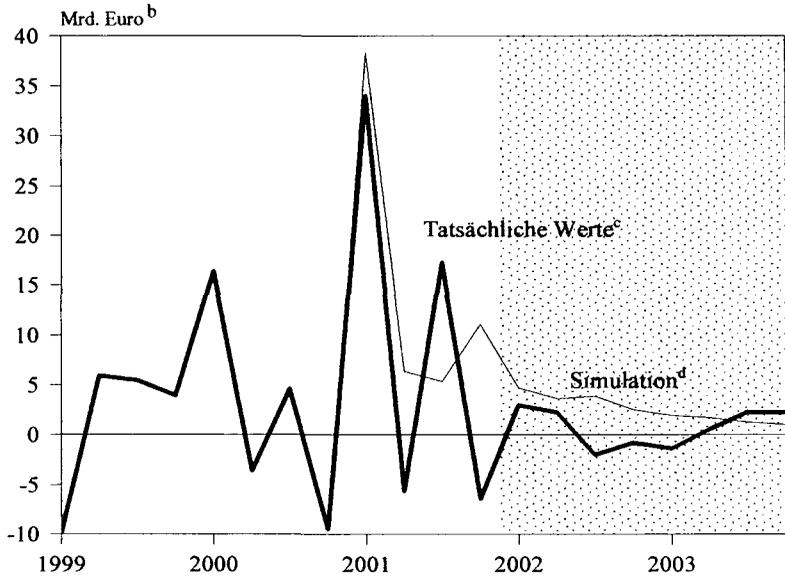
Schaubild 3: Realer Außenhandel und seine Bestimmungsgründe



^a Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent. – ^b Ab 2002.I: Prognose des Modells.

Beitrag des realen Exportüberschusses zur Änderungsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2001: 2,2 Prozentpunkte betragen. Damit erweist sich zwar als zutreffend, dass die „neuen Ereignisse“ den Ausführüberschuss für sich genommen beeinträchtigt haben (um 0,6 Prozentpunkte), doch wurde dieser Effekt durch den Abbau zuvor bestehender Ungleichgewichte bei weitem überlagert.

Unsere Untersuchung kann in einem Punkt verallgemeinert werden: Je weiter die Exporte bzw. Importe von ihrem „Langfristniveau“ entfernt sind, desto

Schaubild 4: Veränderung des realen Außenbeitrags^a

^a Saisonbereinigt. – ^b Veränderung gegenüber Vorquartal auf Jahreswerte hochgerechnet. – ^c Ab 2002.I: aktuelle Prognose. – ^d Ab 2001.I: Modellprognose außerhalb des Schätzzeitraums; alle unsere erklärenden Variablen auf ihrem Niveau im Quartal 2000.IV.

stärker beeinflusst die Anpassung an dieses Niveau, also die „Vergangenheitsbewältigung“, die Entwicklung im Prognosezeitraum (Kasten 1).⁴ So zeigt unsere Untersuchung, dass Ende 2000 die realen Importe ihr Langfristeniveau überschritten und dass die realen Exporte trotz ihres ausgeprägten Booms erheblich „zu niedrig“ waren (negativer Export Gap). Diese Interpretation wird auch durch die Tatsache belegt, dass die deutsche Ausfuhr in den Jahren 1999 und 2000 trotz des markanten Wertverlustes des Euro nur unwesentlich schneller expandierte als der Welthandel.⁵ Im vergangenen Jahr wurde der Zuwachs des Welthandels dagegen um knapp 5 Prozentpunkte übertroffen.

⁴ Falsch wäre es hingegen zu folgern, dass die relative Bedeutung von Änderungen, die während des Prognosezeitraums auftreten, immer gering ist und somit möglichst treffsichere Annahmen zur Konjunkturprognose überflüssig sind. Auch wäre es ein Irrtum, unter dem Eindruck des Befundes für den Außenbeitrag 2001 das Urteil zur Persistenz von Exporten und Importen grundsätzlich zu revidieren und künftig mit langsameren Anpassungen an neue Verhältnisse zu rechnen.

⁵ Einen genaueren Vergleichsmaßstab als der Welthandel stellt das von der OECD berechnete Wachstum der Exportmärkte dar; es wird aus der mit den Anteilen Deutschlands an der Einfuhr jedes Partnerlandes gewichteten Summe der Einfuhr aller Partnerländer gebildet. Setzt man die deutschen Exporte in Relation zur Größe der deutschen Exportmärkte, erhält man die deutsche „export performance“. Sie ist von 1996 bis 2000 nur in einem einzigen Jahr gestiegen (OECD 2001a: 248), und dies, obwohl die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sich im selben Zeitraum um rund 20 Prozent verbesserte.

Der ökonomische Grund für verzögerte Anpassungen bei der Ausfuhr liegt möglicherweise in der Struktur der deutschen Ausfuhr, an der Investitionsgüter einen hohen Anteil haben. Sie weisen im Vergleich zu anderen Gütern eine höhere Produktionsdauer auf. Da das Volumen der Lieferungen die Konjunkturlage und die Relativpreise zum Zeitpunkt der Bestellungen reflektiert, beeinflussen Änderungen in den Erklärungsvariablen die Exporte unter Umständen erst mit erheblicher Verzögerung. Darüber hinaus schwankt die Investitionsgüternachfrage typischerweise im Konjunkturverlauf überdurchschnittlich stark mit der Folge, dass in Boomphasen Bestellungen nicht sofort bearbeitet werden können, z. B. weil die Produktionsanlagen voll ausgelastet sind oder es an zusätzlichen Fachkräften mangelt. Dann bilden sich – wie im Jahr 2000 – mitunter beträchtliche Auftragsreserven, die erst in ruhigeren Zeiten abgearbeitet werden.

Am Ende des vergangenen Jahres waren sowohl der Export Gap als auch der Import Gap weitgehend geschlossen. Da außerdem der reale Außenwert des Euro seit geraumer Zeit stabil ist und auch die Industrieproduktion im Ausland im Winterhalbjahr keinen größeren Schwankungen unterlag, werden die Exporte im Prognosezeitraum in wesentlich höherem Maße die laufende Konjunktur- und Wechselkursentwicklung widerspiegeln als im Jahr 2001.

In der Tat haben sich die Exporte, der weltweiten Konjunkturtendenz folgend, zur Jahreswende 2001/2002 stabilisiert. Die Erholung wird sich in den kommenden Monaten mehr und mehr festigen. Darauf deuten zum einen die Frühindikatoren hin. So hat der Index der Auftragsgänge im verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland sich von seinem Tiefpunkt im Frühherbst spürbar erholt und übertraf im Dezember und Januar sein Niveau in den beiden Monaten davor um knapp 3,5 Prozent; bei den Exporterwartungen der Unternehmen überwiegt bereits wieder der Optimismus. Zum anderen wiesen die Konjunkturdaten für das Ausland, insbesondere für die Vereinigten Staaten und für einige südostasiatische Länder, zuletzt steil nach oben. Da im IT-Bereich eine Wende zum Besseren eingesetzt hat, wird sich die Binnennachfrage in den Hauptlieferländern dieser Technologie im Verlauf dieses Jahres zügig erholen (Benner et al. 2002). Für die Partnerländer des Euroraums erwarten wir ebenfalls, dass die Auftriebskräfte im Frühjahr die Oberhand gewinnen (Gern et al. 2002).

Da der Umschwung weltweit von einem Anspringen der Industriekonjunktur angeführt wird, von der die deutsche Ausfuhr erfahrungsgemäß rasch profitiert, werden die Lieferungen an das Ausland ab dem zweiten Quartal beschleunigt zunehmen. Allerdings werden sie anders als in den Jahren 1999–2001 nicht von einer realen effektiven Abwertung des Euro begünstigt; vielmehr rechnen wir bis zum Ende des Jahres mit einem Kursanstieg des Euro gegenüber dem Dollar bis auf 0,96 \$/€. Ferner wird sich 2002 die Wettbewerbsposition gegenüber den Handelspartnern in der Währungsunion – gemessen an den nominalen Lohnstückkosten – im Gegensatz zu den beiden Vorjahren etwas verschlechtern. Im Verlauf des kommenden Jahres wird sich die Auslandskonjunktur zwar abschwächen, dem steht aber eine leichte Abwertung des Euro gegenüber. Alles in allem erwarten wir einen Anstieg der realen Exporte von Gütern und Dienstleistungen um 2,8 Prozent im Durchschnitt dieses Jahres (knapp 6 Prozent im Jahresverlauf) und um 6,4 Prozent im kommenden Jahr. Die Importe werden in

Kasten 1: Der reale Außenbeitrag im Jahr 2001

Die von uns vorgelegte Prognose für Exporte und Importe beruht jeweils auf einem Eingleichungs-Fehlerkorrekturmodell (SEECM). Strauß (2002) dokumentiert die Spezifikation der Modelle (Langfristbeziehung, Kurzfrisdynamik, Lagstruktur, Dummyvariablen) und weist die Zulässigkeit des Ansatzes nach (Existenz eines einzigen Kointegrationsvektors, schwache Exogenität der Regressoren, Stabilität der Parameter). Allgemein lautet die Spezifikation eines SEECM (vgl. z. B. Harris 1995: 63):

$$[1] \quad \Delta z_t = \mu + \alpha [z_{t-1} - \beta y_{t-1}] + \sum_{j=1}^{k-1} \gamma_j \Delta z_{t-j} + \sum_{j=0}^{k-1} \delta_j \Delta y_{t-j} + \varepsilon_t.$$

z bezeichnet das logarithmierte Niveau der endogenen Variable, y den Vektor der Regressoren, Δ die erste Differenz (Zuwachsrate gegenüber Vorquartal), α , β , γ , δ die Vektoren der zu schätzenden Parameter, k die Laglänge des Modells und ε den normalverteilten, unkorrelierten stochastischen Störterm. Er gibt Auskunft über die Güte der Anpassung innerhalb des Schätzzeitraums. Sie ist in den vergangenen Jahren zufriedenstellend (Schaubild 3). So werden im Jahr 2001 sowohl die Exporte als auch die Importe in keinem Quartal um mehr als eine Standardabweichung (1,31 bzw. 1,18 Prozentpunkte) verfehlt.

Hier ist daher nicht von Interesse, ob die SEECMs die jüngste Außenhandelsentwicklung nachvollziehen können, sondern *wie*, weil die Antwort hierauf die im Text geäußerte These belegt, wonach der Außenbeitrag im Jahr 2001 in höherem Maße vergangene Änderungen in den Variablen als neue Schocks reflektierte. Um dies zu zeigen, ist es zweckmäßig, die Niveaubeziehung in den eckigen Klammern von [1] und ihren Verlauf über die Zeit isoliert zu betrachten. Der Parametervektor β gibt die langfristigen Elastizitäten der Exporte (Importe) in Bezug auf die Niveaus ihrer Determinanten an. Das „Langfristniveau“ der Ex- bzw. Importe in Periode $(t-1)$, βy_{t-1} , ergibt sich aus der Linearkombination der Elastizitäten mit den Niveaus der nicht-stationären Einflussvariablen in dieser Periode. Ist die Differenz zwischen den tatsächlichen Exporten bzw. Importen und dieser Linearkombination stationär (Kointegration), kommt es in den Quartalen nach einer Abweichung vom Langfristniveau zu einem Anpassungsprozess, nach dessen Abschluss die Differenz (Fehlerkorrekturterm) wieder null ist. Die eckige Klammer in [1] drückt diese Differenz in Relation zum Langfristniveau aus; daher nennen wir sie Export Gap (u_t) bzw. Import Gap (v_t).

Schätzt man die SEECMs für den realen deutschen Außenhandel mit Gütern und Dienstleistungen auf Basis saisonbereinigter Quartalsdaten im Zeitraum von 1975.1 bis 2001.4, löst die eckige Klammer von [1] nach dem Niveau der jeweils abhängigen Variablen auf und daziert um ein Quartal vor, so gilt in jeder Periode:

$$[2] \quad x_t = 1,83 + 1,22 ipa_t - 0,93 e_t + 0,50 f_t + u_t$$

$$[3] \quad x_t = 3,43 + 1,17 ivx_t - 0,15 e_t + 0,74 f_t + 0,11 einheit + v_t.$$

Hierbei steht x (m) für die Exporte (Importe), ipa für den Index der Industrieproduktion bei den wichtigsten Handelspartnern, gewichtet mit den Anteilen des jeweiligen Landes an der deutschen Warenausfuhr, ivx für die Gesamtnachfrage in Deutschland, e für den Index der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, f für einen flexiblen Trend für das Ausmaß der internationalen Arbeitsteilung und $einheit$ für eine Stufendummy für die deutsche Einheit (Wert 0 bis 1990 IV, danach 1).

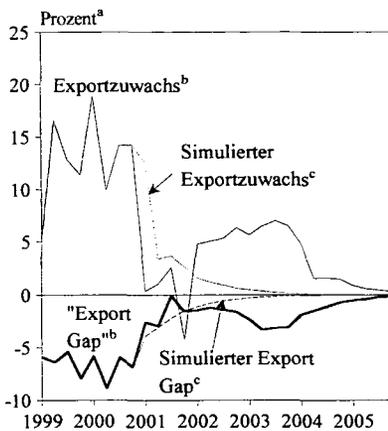
Für die Dauer der Anpassung an ein neues Gleichgewicht nach einer Änderung in y spielen mehrere Faktoren eine Rolle, deren Zusammenspiel bei ca. zehn Parametern pro Gleichung und einem sich von Quartal zu Quartal ändernden Konjunktur- und Wechselkursgefüge „mit bloßem Auge“ nicht mehr überblickt werden kann. Die Korrektur ist für sich genommen schnell, wenn der Ladungskoeffizient α , der aus Gründen der Stabilität zwischen 0 und -1 liegen muss, dem Betrage nach hoch ist. Für die deutschen Importe beträgt er $-0,27$, für

Kasten 1: Fortsetzung

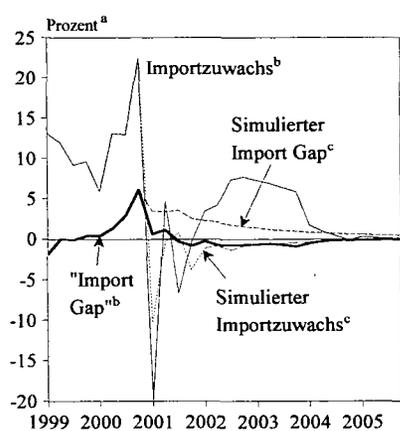
die Exporte $-0,42$, d.h. fast die Hälfte des „Export Gaps“ des Vorquartals würde im laufenden Quartal abgebaut werden, wenn es die Kurzfristedynamik nicht gäbe. Sie verzögert den Anpassungsprozess, etwa wenn die Kurzfristkoeffizienten eines Regressors (δ) ein anderes Vorzeichen haben als das entsprechende β (hier nicht gegeben) oder wenn die $\gamma_j < 0$ sind. In letzterem Fall kommt es ferner zu Oszillationen um den asymptotischen Anpassungspfad, wie sie insbesondere für die Importe, in geringerem Maße auch für die Exporte, typisch sind. Es fällt auf, dass sich im Fall Deutschlands ein Import Gap langsamer schließt als ein Export Gap.

Ändern sich, wie in den Boom- und Abwertungsjahren 1999 und 2000, die Niveaus der Auslandsproduktion und des Wechselkurses mehrere Quartale hintereinander sehr kräftig in eine Richtung, kann sich kumulativ ein beträchtlicher Export Gap ergeben. Bei einem typischen Prognosehorizont von vier bis sieben Quartalen können somit – wie im Jahr 2001 geschehen – Einflüsse aus der Vergangenheit (αu_{t-1} ; $\gamma_j \Delta z_{t-j}$; $\delta_j \Delta y_{t-j}$) über weite Strecken die Einflüsse neuer Entwicklungen dominieren. Dies wird deutlich, wenn man die Modelle für die Jahre 2001 bis 2005 für konstante Regressoren simuliert, um Konjunktur- und Wechselkurseinflüsse des Jahres 2001 auszuschalten. Die Simulation zeigt, dass die Exporte (Importe) noch geraume Zeit steigen (fallen), bis das System zur Ruhe kommt. Bei dem von uns prognostizierten Konjunktur- und Wechselkursverlauf wird auch Ende 2003 wieder ein negativer „Export Gap“, bestehen, der für 2004 und 2005 weitere Exportzuwächse selbst für den Fall einer dann stationären, deterministischen Umwelt erwarten lässt. Die Untersuchung belegt somit am Beispiel von Exporten und Importen, dass die Berücksichtigung von Kointegrationsbeziehungen zwischen den Niveaus ökonomischer Variablen das Verständnis der dynamischen Zusammenhänge vertiefen und Prognosen verbessern kann.

Export Gap und Exportzuwachs



Import Gap und Importzuwachs



^a Export Gap bzw. Import Gap in Prozent des langfristigen Niveaus, Exportzuwachs bzw. Importzuwachs gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet. – ^b Bis 2001.IV: historische Entwicklung, 2002.I bis 2003.IV: Aktuelle Prognose, danach: alle Regressoren auf dem Niveau von 2003.IV „eingefroren“. – ^c Ab 2001.I: Modellprognose, alle Regressoren auf dem Niveau von 2000.IV „eingefroren“.

Folge der regeren Exporttätigkeit und einer Belebung der Binnennachfrage ebenfalls erheblich an Fahrt gewinnen. Wir rechnen mit einer Zunahme um 2,1 Prozent im Jahr 2002 und um 7,1 Prozent im Jahr 2003 (2001: 0,1 Prozent).

Die Einfuhrpreise sind im Verlauf des Jahres 2001 beträchtlich gesunken, nachdem sie im Vorjahr erheblich gestiegen waren. Maßgeblich hierfür war der starke Rückgang des Ölpreises. Die Tendenz sinkender Einfuhrpreise wird sich im ersten Halbjahr umkehren, zumal die Ölnotierungen zuletzt wieder angezogen haben. Für den gesamten Prognosezeitraum wird ein moderater Anstieg der Rohstoffpreise angenommen. Etwas gedämpft wird die Verteuerung der Einfuhren hingegen durch die zu erwartende effektive Aufwertung des Euro. Dieser Effekt dürfte im kommenden Jahr entfallen. Wegen seines niedrigen Niveaus zu Anfang des Jahres wird der Deflator der Importe im Jahr 2002 leicht sinken (um 1,3 Prozent); im Jahr 2003 wird er seinen Vorjahreswert um 2 Prozent übertreffen. Die Exportpreise werden in diesem und im kommenden Jahr angesichts der konjunkturbedingt zunehmenden Preisüberwälzungsspielräume anziehen, nachdem sie im vergangenen Jahr im Wesentlichen stagnierten; der Deflator der Exporte wird sein Niveau im entsprechenden Vorjahreszeitraum voraussichtlich um 0,3 Prozent (2002) bzw. 1,3 Prozent (2003) übertreffen. Die Terms of Trade, die sich seit Anfang 2001 verbessert hatten, dürften sich im Verlauf des Prognosezeitraums etwas verschlechtern.

Investitionen ziehen an

Der zurückliegende konjunkturelle Abschwung war maßgeblich geprägt durch einen starken Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen. Im Durchschnitt des Jahres 2001 nahmen sie um 5 Prozent ab. Dies war der stärkste Rückgang seit dem Rezessionsjahr 1993.

Für das laufende Jahr erwarten wir eine deutliche Erholung der Ausrüstungsinvestitionen. Bereits im ersten Quartal dürfte die Talsohle durchschritten worden sein. Darauf deuten die in der Tendenz wieder steigenden Inlandsauftragsgänge im Investitionsgütergewerbe hin. Auch haben sich die Geschäftserwartungen merklich verbessert. Ab dem Frühjahr ist im Zuge der weltweiten konjunkturellen Erholung und der günstigeren Absatzperspektiven in Deutschland mit einer kräftigen Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen. Anregend wirken sich auch die niedrigen Rohstoffpreise aus. Des Weiteren ermöglicht das nach wie vor im historischen Vergleich geringe Zinsniveau günstige Finanzierungen. Wegen ihres niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn wird sich trotz hoher Zuwächse im Verlauf des Jahres 2002 im Jahresdurchschnitt eine Abnahme der Ausrüstungsinvestitionen ergeben (-0,8 Prozent). Sollten allerdings die Tariflohnsteigerungen höher ausfallen als von uns unterstellt, würde dies die Investitionsbereitschaft der Unternehmen dämpfen.

Im Verlauf des kommenden Jahres werden die Rahmenbedingungen für die Ausrüstungsinvestitionen etwas ungünstiger. Während sich das weltwirtschaftliche Expansionstempo abflacht, steigen Löhne und Rohstoffpreise beschleunigt, was die Ertragsperspektiven schmälert. Die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen wird sich daher allmählich verringern. Für das Jahr 2003 prognostizieren wir

eine Erhöhung der Ausrüstungsinvestitionen um 7,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im Prognosezeitraum werden die Preise für Ausrüstungsgüter nur noch moderat steigen.

Im Verlauf des vergangenen Jahres expandierten die Investitionen in die sonstigen Anlagen verlangsamt; die Zuwächse waren deutlich geringer als im langjährigen Durchschnitt. Im Verlauf des Jahres 2002 ist mit einer deutlichen Zunahme der Ausgaben für sonstige Anlagen zu rechnen, insbesondere durch Investitionen im IT-Bereich. Ein ähnlich hohes Tempo wie im Jahr 1999 ist allerdings nicht zu erwarten. Im Jahresdurchschnitt 2002 rechnen wir mit einem Zuwachs von 5,4 Prozent. Im Laufe des Jahres 2003 dürften sich die Zuwachsraten der sonstigen Anlagen dann abflachen; für das Gesamtjahr ergibt sich gleichwohl ein Anstieg von 7,1 Prozent.

Die Bauinvestitionen sind seit Ende 1999 auf Talfahrt, allerdings sind sie nach einem starken Rückgang Anfang des Jahres 2001 nur noch geringfügig geschrumpft. Für den Jahresdurchschnitt resultiert ein Rückgang um 5,8 Prozent. Die Wohnungsbauminvestitionen sind am stärksten gesunken; im Jahresdurchschnitt nahmen sie 2001 um 7 Prozent gegenüber dem Vorjahr ab. Zu Beginn des Jahres 2002 dürften sie weiter geschrumpft sein. Indizien hierfür sind die verschlechterte Auftragslage und die rückläufige Baukreditvergabe. Im Prognosezeitraum wirken sich hingegen die noch niedrigen Zinsen und die durch das Anziehen der Konjunktur verbesserte Einkommenslage der privaten Haushalte positiv aus. Aufgrund der nach wie vor bestehenden Überkapazitäten erwarten wir ab der zweiten Jahreshälfte eine Stagnation der Wohnungsbauminvestitionen.

Der Rückgang im Wirtschaftsbau von 3,4 Prozent im Jahr 2001 war vergleichsweise gering. Die Wirtschaftsbauinvestitionen werden bereits im Frühjahr 2002 vom konjunkturellen Aufwind profitieren. Ein Anzeichen hierfür sind die gestiegenen Aufträge für Industriebauten. Ausschlaggebend für die Belegung der Wirtschaftsbauinvestitionen sind der Zuwachs bei den Ausrüstungsinvestitionen und die verbesserten Absatzperspektiven. Positiv wirkt sich ebenfalls der niedrige Zins aus. Nach dem Jahreswechsel werden die Zuwächse dann etwas an Fahrt verlieren. Dämpfend machen sich dabei die höheren Zinsen und die verringerten Absatzmöglichkeiten bemerkbar. Aufgrund des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn dürften die Wirtschaftsbauinvestitionen 2002 im Vergleich zum Vorjahr nochmals abnehmen (0,6 Prozent); im folgenden Jahr werden sie im Durchschnitt um 2,9 Prozent steigen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen sind im Jahr 2001 weiter gesunken. Insbesondere die Gemeinden haben angesichts des Rückgangs der Steuereinnahmen die Investitionen gekürzt. Diese Entwicklung wird sich in diesem Jahr tendenziell fortsetzen, da weitere Konsolidierungsmaßnahmen der Gebietskörperschaften wahrscheinlich sind. Gegen Jahresende dürfte sich die Abnahme der staatlichen Bauinvestitionen abschwächen, da sich die Finanzlage bessern wird. Für das Jahr 2003 ist damit zu rechnen, dass die staatlichen Investitionen wieder expandieren. Im Jahr 2002 nehmen die staatlichen Bauinvestitionen im Durchschnitt um 2,6 Prozent ab; der Rückgang im Jahr 2003 beträgt 2 Prozent.

Alles in allem rechnen wir für das Jahr 2002 mit einer Abnahme der Bauinvestitionen um 1,4 Prozent (Tabelle 3). Für das Jahr 2003 erwarten wir eine Zu-

Tabelle 3: Reale Bauinvestitionen (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent) 2001–2003

	Gewicht in Prozent ^a	2001	2002 ^b	2003 ^b
Bauinvestitionen	100,0	-5,8	-1,4	0,6
Wohnbauten	57,4	-7,0	-1,5	-0,1
Nichtwohnbauten	42,6	-4,2	-1,3	1,5
Wirtschaftsbauten	29,3	-3,4	-0,6	2,9
Öffentliche Bauten	13,3	-5,9	-2,6	-2,0

^a Anteil an den Bauinvestitionen in Jahr 2001. – ^b Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), *Fachserie 18, Reihe 1.3*, Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), *Fachserie 18, Reihe 3*, eigene Schätzungen und Prognosen.

wachstumsrate von 0,6 Prozent. Aufgrund der stabilen Kostensituation und der weiterhin bestehenden Überkapazitäten im Baugewerbe sind keine nennenswerten Preissteigerungen zu erwarten.

Konsum erholt sich nur allmählich

Im Verlauf des vergangenen Jahres verloren die Konsumausgaben deutlich an Schwung. Die Steuerentlastung zu Beginn des Jahres hatte den privaten Verbrauch in der ersten Jahreshälfte belebt, danach ging er jedoch zurück. Maßgeblich hierfür waren die gestiegene Arbeitslosigkeit und das gesunkene Verbrauchervertrauen im Gefolge der Terroranschläge. Das real verfügbare Einkommen überstieg sein Vorjahresniveau um 1,7 Prozent, die realen Konsumausgaben verzeichneten einen Zuwachs von 1,1 Prozent. Die Sparquote stieg auf 10,2 Prozent.

Im Gegensatz zum Vorjahr gab es zu Beginn dieses Jahres keine Steuerentlastung; die Progressivität der Einkommensteuer greift daher voll, wodurch der Anstieg der verfügbaren Einkommen gedämpft wird. Zwar wurde zum 1. Januar das Kindergeld erhöht, dem wirken jedoch gestiegene Beiträge zur Krankenversicherung und die Erhöhung der Tabak-, der Versicherungs- und der Ökosteuer entgegen. Die anstehenden Tariffrunden werden wohl nach zwei moderaten Jahren im Verlauf des Jahres zu beschleunigt steigenden Tariflöhnen führen. Auf dem Arbeitsmarkt gibt es keine Anzeichen für eine Erholung schon in der ersten Jahreshälfte. Insgesamt bleiben die Impulse von der Einkommenseite geringer als im Vorjahr. Bei einem Anstieg des Deflators des privaten Verbrauchs um 1,2 Prozent, erwarten wir für den Jahresdurchschnitt einen Zuwachs des real verfügbaren Einkommens um 1,0 Prozent.

Im ersten Quartal 2002 dürfte der private Konsum kaum zugenommen haben. Zu einer Verunsicherung der Konsumenten zu Beginn des Jahres trug unter anderem die Euro-Bargeldeinführung bei. Gleichzeitig kam es im Januar zu einem stärkeren Preisanstieg. Zum größten Teil wurde das gebremste Konsumentenverhalten jedoch von der unsicheren Wirtschaftslage hervorgerufen. In

den kommenden Monaten wird das Konsumentenvertrauen mit der wirtschaftlichen Expansion zunehmen, dazu trägt auch bei, dass sich der Preisanstieg schon im Februar zurückentwickelte. Mit wieder verbesserten Aussichten auf dem Arbeitsmarkt ist ab der zweiten Jahreshälfte mit einer stärkeren Belebung der Nachfrage der privaten Haushalte zu rechnen. Für den Jahresdurchschnitt erwarten wir eine Zunahme des realen Konsums von 0,7 Prozent. Die Sparquote dürfte aufgrund der oben genannten Unsicherheiten auf 10,5 Prozent steigen.

Im Jahr 2003 werden die privaten Konsumausgaben kräftig steigen. Zum 1. Januar wird die Einkommensteuer gesenkt, allerdings fällt der Umfang deutlich geringer aus als zu Beginn des Jahres 2001. Bei steigender Beschäftigung und anziehenden Tariflöhnen nimmt das real verfügbare Einkommen mit 1,9 Prozent stärker als im Jahr zuvor zu. Das Verbrauchervertrauen festigt sich und vor allem in der ersten Jahreshälfte werden starke Impulse vom privaten Verbrauch ausgehen. Wir erwarten für den Jahresdurchschnitt mit 2,4 Prozent einen deutlich höheren Zuwachs als 2002. Die Sparquote wird 10 Prozent betragen und ihrem langjährigen fallenden Trend wieder folgen.

Moderater Preisauftrieb

Die Lebenshaltungskosten sind im Januar 2002 sprunghaft gestiegen. Der Verbraucherpreisindex erhöhte sich um 0,9 Prozent im Vergleich zum Vormonat. Dies entsprach einer Teuerungsrate von 2,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Entgegen vielfach geäußelter Befürchtungen dürfte der Effekt der Euro-Bargeldeinführung gering gewesen sein. Zwar wurde im Beherbergungs- und Gastgewerbe die erforderliche Neuerstellung von Preislisten offenbar für Preiserhöhungen genutzt, in erster Linie trugen jedoch wetterbedingte Preissteigerungen von Obst und Gemüse zur sprunghaften Teuerung bei. Hinzu kamen die Erhöhung der Tabak- und der Versicherungsteuer sowie das Inkrafttreten der dritten Stufe der Ökosteuer zum 1. Januar. Bereits im Februar bildeten sich die Verbraucherpreise wieder zurück.

Im Verlauf des Jahres wird der Preisauftrieb gering bleiben. Die Lebensmittelpreise dürften sich zum Frühjahr hin zurückentwickeln. Auch rechnen wir mit keinem dauerhaften Preissteigerungseffekt durch die Euro-Bargeldeinführung. Sollte es zu einer Erhöhung der Gewinnmargen gekommen sein, so wird sich dies wegen des Wettbewerbs als nicht dauerhaft erweisen. Andere Einflüsse wirken ebenfalls dämpfend auf den Preisanstieg. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung wird ab dem zweiten Quartal zunehmen, doch bleibt sie im laufenden Jahr noch unter der Normalauslastung. Auch der Anstieg der Lohnstückkosten bleibt moderat. Allerdings gehen von den wieder steigenden Rohstoffpreisen Teuerungsimpulse aus, wenngleich diese schwach sein werden. Insgesamt erwarten wir für den Jahresdurchschnitt eine Teuerungsrate von 1,4 Prozent.

Im kommenden Jahr dürfte sich der Preisauftrieb allmählich verstärken. Im Verlauf des Jahres 2003 festigt sich der Aufschwung in Deutschland, die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung steigt deutlich. Bei verstärkt zunehmenden Lohnstückkosten, weiter steigenden Rohstoffnotierungen und höheren Preisüberwälzungsspielräumen dürfte die Inflationsrate leicht anziehen. Alles in allem erwar-

ten wir für das kommende Jahr eine durchschnittliche Preissteigerungsrate von 1,6 Prozent.

Arbeitsmarkt: Tendenzwende erst nach der Jahresmitte

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Winterhalbjahr 2001/2002 weiter verschlechtert. Der Beschäftigungsabbau beschleunigte sich im vierten Quartal letzten Jahres infolge der rezessiven Tendenzen sowie durch einen frühen Wintereinbruch. Die registrierte Arbeitslosigkeit erhöhte sich wesentlich stärker, als dem Rückgang der Erwerbstätigkeit entsprochen hätte. Dies ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass reguläre Voll- und Teilzeitarbeitskräfte zunehmend auch im verarbeitenden Gewerbe sowie in einigen Bereichen des tertiären Sektors⁶ entlassen worden sind. Diese melden sich in der Regel arbeitslos. Indessen hat sich das steigende Arbeitsangebot nur wenig in einer höheren registrierten Arbeitslosigkeit, sondern zum größten Teil in einer Zunahme der stillen Reserve niedergeschlagen.⁷ Gleichwohl sind auch erste Anzeichen zu bemerken, die auf eine Besserung am Arbeitsmarkt hindeuten. So lassen die Personalplanungen in der Industrie zuletzt einen vorsichtigen Optimismus erkennen.⁸ Die Zahl der offenen Stellen ist saisonbereinigt im Januar/Februar dieses Jahres erstmals seit einem Jahr nicht mehr zurückgegangen. Zudem kann die sprunghaft gestiegene Zahl der Kurzarbeiter als Indiz dafür gewertet werden, dass die Unternehmen bestrebt sind, qualifizierte Mitarbeiter trotz ungenügend ausgelasteter Produktionskapazitäten zu halten. Eine solche Strategie ist nur dann sinnvoll, wenn mit einer baldigen Verbesserung der Auftragslage gerechnet wird.

Die zunehmende Aufhellung der konjunkturellen Perspektiven wird in den kommenden Monaten den Beschäftigungsabbau deutlich abbremsen. Zunächst werden sich die Unternehmen allerdings mit Neueinstellungen noch zurückhalten und stattdessen die Kurzarbeit einschränken sowie vermehrt Überstunden bzw. Arbeitszeitkonten in Anspruch nehmen. Erst nach der Jahresmitte, wenn die Inlandsproduktion wieder kräftig gestiegen sein wird, dürfte die Beschäftigung ausgeweitet werden. Diese Zunahme wird allerdings zunächst nur moderat ausfallen. Zudem werden hiervon in erster Linie geringfügig Beschäftigte profitieren, so dass sich die stille Reserve bereits deutlich vermindert, während sich die registrierte Arbeitslosigkeit zunächst noch weiter erhöht. Erst im vierten Quartal 2002 wird die Erwerbstätigkeit wieder kräftig ausgedehnt, und die registrierte

⁶ Neben den produktionsnahen Dienstleistungen sind hier vor allem der Bankensektor sowie viele Bereiche der IT-Branche zu nennen.

⁷ Dies ist in erster Linie auf die konjunkturell bedingte Verringerung des Einsatzes von ausschließlich geringfügig Beschäftigten zurückzuführen. Da deren Arbeitszeit weniger als 15 Wochenstunden beträgt und da es sich ohnehin zu einem hohen Prozentsatz um Schüler, Studenten und Rentner handelt, werden sie nicht als arbeitslos registriert. Hinzu kommt der Asylbewerber-Effekt (Boss et al. 2001: 340).

⁸ Nach der Februar-Umfrage des „Deutschen Industrie- und Handelskammertags“ (DIHK) hat sich der Anteil der Unternehmen, die ihren Mitarbeiterbestand reduzieren wollen, nur wenig erhöht (um zwei Prozentpunkte gegenüber Oktober 2001 im Vergleich zu sechs Prozentpunkten vom Frühsommer bis zum Oktober 2001). Zudem hat sich der Anteil der Betriebe, die Personalaufstockungen planen, erstmals seit dem Frühsommer vorigen Jahres nicht mehr verringert.

Arbeitslosigkeit wird deutlich sinken. Insgesamt vergrößert sich die Beschäftigung im Verlauf von 2002 nur wenig (um knapp 60 000 Personen), und die registrierte Arbeitslosigkeit verharrt auf hohem Niveau (nahezu 4 Mill. Personen).

Im Jahr 2003 wird der Personalbestand, abgesehen von dem in der Bauwirtschaft, weiter aufgestockt werden. Hierbei werden allerdings die außerordentlich hohen Zuwachsraten der Jahre 1998–2000 nicht einmal annähernd erreicht werden, da diese überwiegend durch Sonderfaktoren beeinflusst waren.⁹ Im Verlauf von 2003 dürfte sich die Erwerbstätigkeit um 140 000 Personen vergrößern. Die hierdurch induzierte Verringerung der registrierten Arbeitslosigkeit liegt mit knapp 80 000 Personen deutlich niedriger. Neben dem etwas stärker als zuvor steigenden Arbeitsangebot spielt hierbei eine Rolle, dass mit zunehmender Dauer des Aufschwungs mehr qualifizierte Kräfte aus der stillen Reserve wieder erwerbstätig werden („discouraged worker“-Effekt). Dies sind beispielsweise gut ausgebildete Frauen, die ihre Familienpause beenden möchten. Im Durchschnitt des Jahres 2003 wird die Erwerbstätigkeit mit 38,87 Mill. Personen ihr im Jahr 2001 erreichtes Niveau (38,77 Mill. Personen) nur um 100 000 Personen übertreffen (Tabelle 4). Bei einem anhaltenden Anstieg des Arbeitsangebots sowie einer konjunkturbedingt leicht sinkenden Bedeutung der stillen Reserve übertrifft die registrierte Arbeitslosigkeit 2003 mit 3,89 Mill. Personen noch immer ihren Stand im Jahr 2001 (3,85 Mill. Personen), nachdem sie im Durchschnitt des Kalenderjahres 2002 sogar fast die Viermillionengrenze erreichen dürfte. Hierbei ist unterstellt, dass die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik weiter zurückgeführt werden und dass durch das „Job-Aktiv-Gesetz“¹⁰ sowie durch die bundesweite Ausdehnung des Mainzer Kombilohnmodells nur in eng begrenztem Umfang vermehrt Arbeitslose in neue Stellen vermittelt werden.¹¹

Die Chancen für einen moderaten Tarifabschluss in der Lohnrunde 2002 sind deutlich schlechter als in der des Jahres 2000. Der Druck seitens der Gewerkschaftsmitglieder ist vor allem deswegen groß, weil es in den beiden vergangenen Jahren zu beträchtlichen Reallohninbußen gekommen ist. Daraus wird ein Nachholbedarf abgeleitet. Um dem anhaltenden Mitgliederschwund entgegenzuwir-

⁹ Im Jahr 1998 waren durch primär wahltaktische Erwägungen die „Beschäftigung schaffenden Maßnahmen“ (BSM) extrem stark ausgedehnt worden. Im Zeitraum 1999/2000 führte die Neuregelung der 630-DM-Jobs zu einer Substitution von Nebentätigkeiten durch ausschließlich geringfügig Beschäftigte, in deren Folge die auf dem Personenkonzept basierende Erwerbstätigenstatistik außerordentlich stark aufgebläht wurde (Boss et al. 2000: 280 ff.). Die Zahl der geringfügig Entlohnnten nahm von Juni 1999 bis Juni 2000 (neuere Angaben sind noch nicht verfügbar) von 3,658 Mill. Personen auf 4,053 Mill. Personen zu. Dies entspricht mehr als der Hälfte des Anstiegs der gesamten Erwerbstätigkeit in derselben Periode. Folgt man den Schätzungen des IAB, so entfielen sogar zwei Drittel der Beschäftigtenzunahme im Jahr 2000 auf ausschließlich geringfügig Erwerbstätige.

¹⁰ Einschließlich der geplanten Änderungen im Zusammenhang mit der Neuordnung der Bundesanstalt für Arbeit. Hier ist an erster Stelle an den Vorschlag zu denken, dass Arbeitslose bereits nach drei Monaten (bisher: sechs) einen Anspruch auf die Leistungen einer privaten Arbeitsvermittlung erhalten sollen.

¹¹ Nicht selten wird der zuletzt genannte Effekt auch nur zu Lasten von Arbeitskräften aus der stillen Reserve gehen, so dass sich die gesamte Arbeitslosigkeit (offen und verdeckt) noch weniger reduziert.

Tabelle 4: Arbeitsmarktbilanz 1997–2003^a

	1997	1998	1999	2000	2001	2002 ^b	2002 ^b
Deutschland							
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	33 294	33 637	34 133	34 724	34 810	34 722	34 876
<i>Nachrichtlich:</i>							
Kurzarbeiter	183	115	119	86	123	168	96
Pendlersaldo	63	62	66	70	70	72	75
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inländer)	33 231	33 575	34 067	34 654	34 740	34 650	34 801
Selbständige ^c	3 914	3 974	3 948	3 982	3 963	3 973	3 998
Erwerbstätige (Inland)	37 208	37 611	38 081	38 706	38 773	38 696	38 874
Arbeitsangebot ^d	43 198	43 408	43 672	44 013	44 189	44 227	44 286
Stille Reserve ^d	1 606	1 518	1 492	1 418	1 564	1 548	1 526
Registrierte Arbeitslose	4 384	4 279	4 099	3 889	3 852	3 982	3 886
<i>Nachrichtlich:</i>							
Arbeitslose nach ILO-Konzept ^e	3 882	3 684	3 416	3 133	3 112	3 251	3 158
Arbeitslosenquote:							
Nach eigener Berechnung ^f	10,6	10,2	9,7	9,2	9,1	9,4	9,1
Nach Definition der BA ^g	11,4	11,1	10,5	9,6	9,4	9,7	9,4
Westdeutschland							
Erwerbstätige ^h	30 721	31 122	31 560	32 242	32 424	32 436	32 659
darunter: BSM ⁱ	67	71	82	71	62	50	41
Arbeitsangebot ^d	35 190	35 384	36 658	35 090	36 320	36 366	36 436
Stille Reserve ^d	1 449	1 358	1 343	1 319	1 418	1 346	1 300
Registrierte Arbeitslose	3 020	2 904	2 755	2 529	2 478	2 584	2 477
Arbeitslosenquote							
Nach eigener Berechnung ^j	9,0	8,5	8,0	7,3	7,1	7,4	7,0
Nach Definition der BA ^g	9,8	9,4	8,8	7,8	7,4	7,7	7,3
Ostdeutschland							
Erwerbstätige ^h	6 487	6 489	6 521	6 464	6 349	6 260	6 215
darunter: BSM ⁱ	235	315	349	247	182	188	118
Arbeitsangebot ^d	8 008	8 024	8 014	7 923	7 869	7 861	7 850
Stille Reserve ^d	157	160	149	100	146	202	226
Registrierte Arbeitslose	1 364	1 375	1 344	1 359	1 374	1 399	1 409
Arbeitslosenquote							
Nach eigener Berechnung ^j	17,4	17,5	17,1	17,4	17,8	18,3	18,5
Nach Definition der BA ^g	18,1	18,2	17,6	17,4	17,5	18,0	18,2

^a 1 000 Personen. – ^b Prognose. – ^c Einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ^d Eigene Neuschätzung auf Basis der revidierten Erwerbstätigenzahlen des Statistischen Bundesamtes vom August 2001. – ^e Gemäß standardisierter Definition der EU, VGR-Konzept. – ^f Registrierte Arbeitslose in Prozent der Summe aus den erwerbstätigen Inländern und den registrierten Arbeitslosen. – ^g Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen; ab 2001 nur eingeschränkt mit den Zahlen zuvor vergleichbar. – ^h Arbeitsortkonzept. Berechnungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, wobei die Angaben für Berlin zu 65 Prozent Westdeutschland und zu 35 Prozent Ostdeutschland zugeschlagen worden sind. Die sich hieraus ergebenden Anteile für Ost und West wurden auf die revidierten Erwerbstätigenzahlen übertragen. – ⁱ BSM: Beschäftigung schaffende Maßnahmen, d.h. allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^j Registrierte Arbeitslose mit Wohnort in West- bzw. Ostdeutschland in Prozent der Summe aus den jeweils dort Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen (Mischung aus „Inlands-“ und „Inländer-“Konzept).

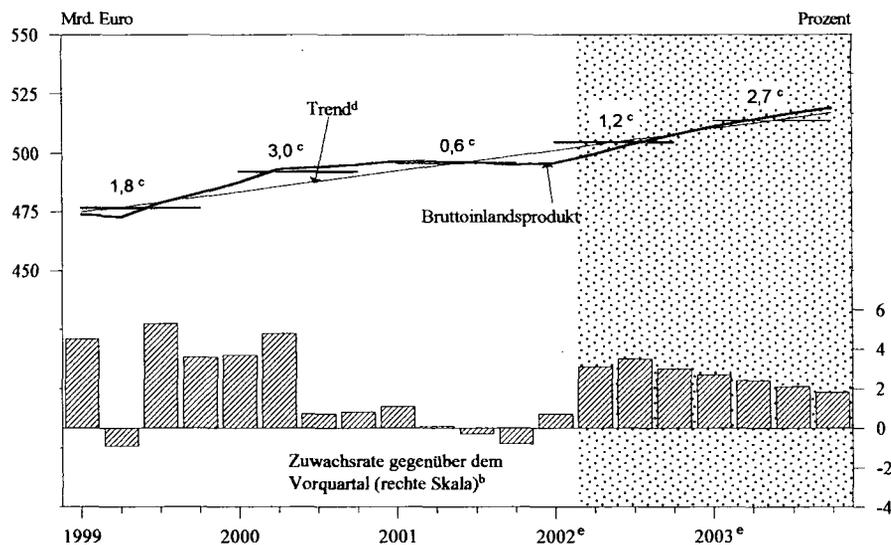
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (lfd. Jgg.), Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), *Wirtschaft und Statistik*, Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.); *Fachserie 1, Pressemitteilung* des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder vom 13. März 2002, eigene Schätzungen und Prognosen.

ken, wurden sehr hohe Lohnforderungen gestellt. Gleichzeitig ist jedoch die konjunkturelle Abschwächung nicht ohne Wirkung geblieben. So signalisieren die Forderung nach einer Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten sowie die Andeutung der Möglichkeit, sich auf einen Langläufervertrag einzulassen, Kompromissbereitschaft. Für die Gesamtwirtschaft rechnen wir mit einem Anstieg des Tariflohns um 2,5 Prozent in diesem und um 2,8 Prozent im kommenden Jahr. Hieraus folgt bei dem erwarteten Anstieg des Beitragssatzes in der Sozialversicherung in diesem Jahr und bei unverändertem Satz im nächsten Jahr eine Zunahme des Produzentenreallohns 2002 um 1,5 Prozent und um 1,9 Prozent in 2003.¹² Da das Wachstum der Arbeitsproduktivität je Stunde 2002 auf 1,6 Prozent und 2003 auf 2,2 Prozent geschätzt wird, gehen von der Lohnpolitik nur sehr mäßige Anreize für eine Beschäftigungsausweitung aus.

Ausblick: Konjunkturaufschwung bis ins kommende Jahr

Im weiteren Jahresverlauf dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt mit Raten deutlich oberhalb des Potentialwachstums expandieren (Schaubild 5). Für einen kräftigen Produktionsanstieg bereits im Frühjahr sprechen die spürbar verbesserten

Schaubild 5: Reales Bruttoinlandsprodukt^a in Deutschland



^a Arbeitstäglich- und saisonbereinigt. – ^b Auf Jahresraten hochgerechnet. – ^c Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent. – ^d Berechnet mithilfe eines Hodrick-Prescott-Filters. – ^e Ab 2002.1: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*, Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), *Wirtschaft und Statistik*, eigene Berechnungen und Prognosen.

¹² Dieser Berechnung liegt ein Anstieg des Deflators des Bruttoinlandsprodukts um 1,2 Prozent in diesem und um 0,9 Prozent im kommenden Jahr zugrunde.

Tabelle 5: Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2000–2003

	2000 Mrd. €	2000	2001	2002 ^a	2003 ^a
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995					
Bruttoinlandsprodukt	1 979,6	3,0	0,6	1,2	2,7
Private Konsumausgaben	1 120,9	1,4	1,1	0,7	2,4
Konsumausgaben des Staates	385,6	1,2	1,4	1,4	1,2
Anlageinvestitionen	420,8	2,3	-4,8	-0,7	3,8
Ausrüstungsinvestitionen	165,5	8,7	-5,0	-0,8	7,7
Bauinvestitionen	228,5	-2,5	-5,8	-1,4	0,6
Sonstige Anlagen	26,8	8,9	6,0	5,4	7,1
Vorratsveränderung (Mrd. €)	-14,1	3,1	-14,1	-12,1	-6,0
Ausfuhr	689,9	13,2	4,7	2,8	6,4
Einfuhr	623,5	10,0	0,1	2,1	7,1
Außenbeitrag (Mrd. €)	66,4	35,8	66,4	72,9	73,4
Bruttonationaleinkommen	1 972,7	3,3	0,5	1,1	2,9
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 063,0	2,6	1,9	2,4	3,6
Private Konsumausgaben	1 218,1	2,9	3,0	1,9	3,8
Konsumausgaben des Staates	393,2	1,6	2,3	2,7	2,3
Anlageinvestitionen	417,8	2,8	-4,6	-0,2	4,6
Ausrüstungsinvestitionen	167,2	9,7	-4,3	0,1	8,7
Bauinvestitionen	227,0	-1,9	-5,7	-1,0	1,3
Sonstige Anlagen	23,6	5,9	4,2	6,0	6,6
Vorratsveränderung (Mrd. €)	-5,2	12,1	-5,2	-12,1	-6,2
Ausfuhr	721,4	16,5	5,6	3,1	7,8
Einfuhr	682,3	18,5	1,0	0,8	9,3
Außenbeitrag (Mrd. €)	39,1	8,0	39,1	56,1	50,5
Bruttonationaleinkommen	2 054,6	2,8	1,8	2,4	3,9
Preisniveau des Bruttoinlandsprodukts					
Bruttoinlandsprodukt	104,2	-0,4	1,3	1,2	0,9
Private Konsumausgaben	108,7	1,4	1,8	1,2	1,4
Ausrüstungsinvestitionen	101,0	0,9	0,7	0,8	0,9
Bauinvestitionen	99,4	0,6	0,2	0,3	0,7
Sonstige Anlagen	88,2	-2,7	-1,7	0,6	-0,4
Ausfuhr	104,6	2,9	0,8	0,3	1,3
Einfuhr	109,4	7,7	1,0	-1,3	2,0
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	1 531,1	2,8	1,7	2,3	3,3
Arbeitnehmerentgelt	1 109,7	2,9	1,9	2,0	3,3
in Prozent des Volkseinkommens		72,3	72,5	72,3	72,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	421,4	2,6	1,2	3,0	3,3
Lohnstückkosten, real ^b		0,2	0,0	-0,3	-0,3
Produktivität ^c		1,4	0,4	1,3	2,3
Arbeitslose (Tsd.)		3 889	3 852	3 983	3 886
Arbeitslosenquote (Prozent)		9,6	9,4	9,7	9,4
Erwerbstätige ^d (Tsd.)		38 706	38 773	38 696	38 874
Finanzierungssaldo des Staates in Mrd. €		23,9	-56,3	-52,8	-42,6
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		1,2	-2,7	-2,5	-2,0
Schuldenstand ^e		60,3	59,9	60,7	60,3
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. €)		-20,3	11,1	22,0	15,0

^a Prognose. – ^b Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – ^c Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. – ^d Inlandskonzept. – ^e In Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2002), eigene Schätzungen und Prognosen.

Geschäftserwartungen und die absehbare konjunkturelle Erholung in der Weltwirtschaft. Die Impulse von der Auslandsnachfrage werden noch bis zum Ende des Jahres hoch bleiben. Hinzu kommen die Anregungen über die günstigen monetären Rahmenbedingungen, die zusammen mit den verbesserten Absatz- und Ertragsersparungen und den noch geringen Lohn- und Rohstoffkosten das Fundament für einen neuen Investitionsaufschwung darstellen. Für den Jahresdurchschnitt erwarten wir eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,2 Prozent (Tabelle 5).

Im Verlauf des Jahres 2003 verliert der Aufschwung an Fahrt. Die Impulse von monetärer Seite laufen aus, gleichzeitig flachen sich die Zuwächse der Auslandsnachfrage ab. Bei anziehenden Rohstoffpreisen und Tariflöhnen und sinkenden Absatzerwartungen verliert die Investitionsdynamik an Schwung. Allerdings steigen die privaten Konsumausgaben beschleunigt, angeregt vor allem durch die steigende Beschäftigung. Im Jahresdurchschnitt wird das reale Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 2,7 Prozent zunehmen, die Zuwächse im Jahresverlauf werden allerdings ab Frühjahr unter dieser Rate liegen.

Summary

Germany: Business Cycle Turns Upwards

Economic activity continuously lost momentum in Germany last year. In the first quarter, aggregate production increased despite a significant reduction in investment as private consumption expenditure expanded more rapidly – stimulated by the income tax cut that came into force at the beginning of the year – and high backlogs in export orders had to be worked down. In the second quarter, these effects cancelled each other out and production stagnated. In the second half of the year, the economy then dropped into recession: starting from an already low utilisation of capacity, production was cut in two consecutive quarters. The recession can, however, be termed “mild”, since compared to 1992/93, the fall in production was small. In the final quarter, real GDP fell with an annual rate of 1 percent, somewhat faster than in the quarter before. Main reasons were the sharp drop of foreign demand as a consequence of the worldwide downturn after September 11th and a further reduction of private consumption expenditure, which is probably also related to the terrorist attacks in the United States and the following uncertainty.

The trough of the business cycle – as measured by the output gap – has likely been reached in the first quarter of 2002. The leading indicators point to a moderate expansion of production: The business climate has improved significantly, recently. Orders to manufacturing have increased around the turn of the year; the average over the figures for January and December is 3 percent higher than the average over the preceding two-month period. Orders to the construction sector continued to fall slightly, however.

The labor market situation has worsened further during the winter semester 2001/2002. Employment shrank, unemployment increased even more. The unemployment rate was 9,6 percent in February.

The fall of the inflation temporary ceased after the turn of the year. In January, consumer prices jumped upward, due mainly to sharply increasing food prices as a consequence of unfavourable weather conditions as well as an increase of the tobacco and of the insurance tax. Price hikes due to the introduction of the euro bank notes and coins were largely restricted to less important sectors such as restaurants and hotels. In February, the price level fell again. The consumer price index was 1,7 percent above its level in the year before.

Outlook: Upswing continues until second half of next year

In the course of this year, real GDP will grow with rates significantly above that of potential output. Strong production increases already in spring are indicated both by the improved business expectations and by the foreseeable improvement of the cyclical situation in the world economy. The impulses from foreign demand will remain high until the end of the year. Moreover, there is the stimulus from the favourable monetary conditions which together with the improved sales and profit expectations and the still relatively low wage and raw materials costs provide the basis of a new upswing of business investment. On average, real GDP is expected to grow by 1.2 percent in 2002.

In the course of next year, the upswing will lose momentum. The impulses from the monetary side cease while at the same time the growth rates of foreign demand fall. Investment decelerates as raw materials prices and wages increase and sales perspectives become less favourable. However, stimulated by rising employment, private consumption expenditure rises faster. On average, real GDP is likely to grow by 2.7 percent; quarterly growth rates will be below this figure from spring onwards.

Literatur

- Benner, J., D. Borbély, K.-J. Gern, C. Kamps, A. Kuhn, B. Sander, J. Scheide und H. Strauß (2002). Weltwirtschaft erholt sich. *Die Weltwirtschaft* (1), in diesem Heft.
- Boss, A., K. Gerling, J. Gottschalk, C.-P. Meier, J. Scheide, R. Schmidt und H. Strauß (2000). Deutsche Konjunktur: Aufschwung verliert an Fahrt. *Die Weltwirtschaft* (3): 267–288.
- Boss, A., C.-P. Meier, J. Scheide und R. Schmidt (2001). Deutschland: Konjunktureller Tiefpunkt erreicht. *Die Weltwirtschaft* (4): 335–349.
- Bundesanstalt für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit*. Nürnberg.
- Deutsche Bundesbank (2001a). Strukturelle Leistungsbilanzsalden: Längerfristige Entwicklungen und Bestimmungsfaktoren. *Monatsbericht* 53 (1): 51–62.
- (2001b). Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2001. *Monatsbericht* 53 (8): 5–67.
- (2002). *Monatsbericht*. Februar. Frankfurt am Main.
- Gern, K.-J., C. Kamps und J. Scheide (2002). Euroland: Der Aufschwung beginnt. *Die Weltwirtschaft* (1), in diesem Heft.
- Harris, R. I. D. (1995). *Using Cointegration Analysis in Economic Modelling*. Prentice Hall. London.
- Statistisches Bundesamt (2001). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht 2000*. Stuttgart.

- (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht.* Stuttgart.
 - (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 3: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktberechnung.* Stuttgart.
 - (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik.* Stuttgart.
 - (lfd. Jgg.). *Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 2: Ausländische Bevölkerung.* Stuttgart.
- Strauß, H. (2002). Globalisierung und die Prognose des deutschen Außenhandels. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 222, in Vorbereitung.